

LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

47. Jahrgang · 16. Wahlperiode · Ausgabe 9 · 15. November 2016

Autobahnbrücke

Die marode Leverkusener Brücke auf der A1 ist für Autos ein Nadelöhr, für Lastwagen gesperrt und ein Grund für die Stausituation im Kölner Raum. Im Plenum war sie Gegenstand einer Aktuellen Stunde. S. 3

Finanzausgleich

Nach langem Ringen haben sich Bund und Länder auf einen neuen Finanzausgleich verständigt. Über das Ergebnis der Verhandlungen debattierte der Landtag nach einer Unterrichtung durch die Landesregierung. S. 5

Zeitreise

Seit Ende Oktober ist das „Haus der Parlamentsgeschichte“ geöffnet. Der Besucherdienst des Landtags nimmt Interessierte mit auf eine Zeitreise durch 70 Jahre Parlamentsgeschichte in NRW. S. 6-7

Einbrüche

Mit insgesamt sieben Maßnahmen, darunter die Schleierfahndung, will die CDU-Fraktion Einbrechern das Leben schwer machen. Im Innenausschuss äußerten sich Sachverständige zu diesem Konzept. S. 8

Hygiene und Transparenz

Diskussion um Lebensmittelbetriebe



Gute Adresse

Die Älteren erinnern sich: Es gab eine Zeit vor dem Internet. Wer in der Schule ein Referat halten wollte, sollte oder musste – sagen wir, in Politik oder Geschichte –, verbrachte Nachmittage in der Stadtbücherei, suchte nach den richtigen Büchern, las, wählte aus und begann irgendwann zu schreiben. Googeln ging ja noch nicht. Schon damals existierte aber eine weitere gute Adresse, um an Informationen zu gelangen: die Landeszentrale für politische Bildung. Daran hat sich auch im digitalen Zeitalter nichts geändert. Nun hat sie einen runden Geburtstag gefeiert – sie ist wie Land und Landtag Nordrhein-Westfalen 70 Jahre alt geworden. Die Redaktion sprach mit Leiterin Maria Springenberg-Eich (Seiten 14 und 15).

Stichwort 70 Jahre: Über sieben Jahrzehnte NRW-Parlamentsgeschichte informiert eine neue Dauerausstellung in der Villa Horion, von 1961 bis 1999 Amtssitz der Ministerpräsidenten Dr. Franz Meyers, Heinz Kühn, Johannes Rau und Wolfgang Clement. Das „Haus der Parlamentsgeschichte“ stellt jene vier Orte vor, an denen der Landtag seit 1946 getagt hat: das Düsseldorfer Opernhaus, die Henkel-Werke, das Ständehaus am

Schwanenspiegel und den neuen Landtag am Rhein. Auch darüber berichtet Landtag Intern in dieser Ausgabe (Seiten 6 und 7).

In den Fachausschüssen standen zahlreiche Themen auf den Tagesordnungen. Der Innenausschuss zum Beispiel hat sich mit Wohnungseinbrüchen (Seite 8) und den Gefahren, die von der „Reichsbürger“-Bewegung ausgehen (Seite 12), befasst. Im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz stand die sogenannte Hygiene-Ampel im Mittelpunkt einer Sachverständigen-Anhörung. In Landtag Intern äußern sich die Expertinnen und Experten der Fraktionen ebenfalls zu diesem Thema (Seiten 9 bis 11). Kontroverse Debatten gab es auch im Plenum – u. a. ging es um die Ergebnisse der Verhandlungen zu den Bund-Länder-Finanzbeziehungen (Seite 5) und in einer Aktuellen Stunde um die Leverkusener A1-Brücke (Seite 3).

Was beschäftigt die Menschen in Hagen und im Ennepe-Ruhr-Kreis? Dies wollte das Landtagspräsidium bei seiner jüngsten Regionenreise erfahren. Antworten gibt es auf Seite 13. zab



Titelthema: Hygiene-Ampel

Diskussion um Lebensmittelbetriebe 9

Die Standpunkte der Abgeordneten 10-11

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen Carina Gödecke
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion (Red): Michael Zabka (zab), Wibke Busch (wib), Dr. Stephan Malessa (sam), Sonja Wand (sow), Daniela Braun (bra), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2850 (wib), 884-2442 (sam), 884-2304 (sow), 884-2107 (bra), 884-2309 (bs), Fax 884-2250, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Marc Herter (SPD), Lutz Lienenkämper (CDU), Sigrid Beer (GRÜNE), Christof Rasche (FDP), Marc Olejak (PIRATEN), Pressesprecher/-innen: Frank Uferkamp (SPD), Kai Schumacher (CDU), Jan Miebach (GRÜNE), Wibke Op den Akker (FDP), Mario Tants (PIRATEN).

Redaktionsschluss: Donnerstag, 10. November 2016, 15 Uhr

Auflage: 30.000

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:

reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Weitere Hinweise



www.landtagintern.de

Inhalt

Plenum

Staus im Rheinland 3

Meldungen 4

Der Bund, die Länder und das Geld 5

Forum

Das „Haus der Parlamentsgeschichte“ 6-7

Aus den Ausschüssen

Wohnungseinbrüche: Dem Täter auf der Spur ... 8

Meldungen 12

Forum

Präsidium in Hagen und im Ennepe-Ruhr-Kreis ... 13

Demokratie: „Eine Haltung, die im Alltag beginnt“ 14-15

Aus den Fraktionen 16-17

Gesetzgebung 18

Forum

Im Porträt: Serdar Yüksel (SPD) 19

Kurz notiert 20

Leserservice & kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Pressestelle des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2851, Fax (0211) 884-2250, email@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion



PLENUM

Staus im Rheinland

Aktuelle Stunde zur Leverkusener A1-Brücke

10. November 2016 – Das Plenum hat sich in einer **Aktuellen Stunde** mit der Verkehrssituation im Großraum Köln befasst. Konkret ging es um die Lastwagen-Sperranlage auf der sanierungsbedürftigen Leverkusener A1-Brücke. Sie sei einer der Hauptgründe für das „neue, allmorgendliche Stau-Chaos im Rheinland“, kritisierte die antragstellende CDU-Fraktion. Die Anlage sei die einzige Alternative zur Vollsperrung, hielt die Landesregierung dagegen.

Die baufällige Brücke ist seit Mitte 2014 für Fahrzeuge über 3,5 Tonnen gesperrt. Viele Lastwagenfahrer hatten die Verbotsschilder jedoch ignoriert. Aus diesem Grunde wurde Anfang Oktober 2016 die Sperranlage installiert. Sie habe sich jedoch zu einer „großen Belastung für die regionale Wirtschaft entwickelt“, so die CDU-Fraktion in ihrem Antrag ([Drs. 16/13391](#)).

Die Staus in NRW hätten sich seit 2012 verdoppelt und im vergangenen Jahr „astronomische“ Ausmaße erreicht, kritisierte [Klaus Vossemer](#) (CDU). Besonders betroffen sei die Region rund um die Leverkusener Brücke. Während Minister in anderen Ländern neue Brücken und Straßen einweihten, feiere sich der Verkehrsminister in NRW für eine millionenteure und unausgereifte Autobahnsperre, so Vossemer. Der Abgeordnete warf der Regierung mangelnde Organisation vor: „Wegen Planungsversagen von Rot-Grün wird der Neubau der Brücke mindestens zwei Jahre später erfolgen.“ Schlimmstenfalls werde die Brücke ganz dicht gemacht.

Das Verkehrschaos in der Region Köln sei bekannt und eine große Belastung für die Menschen vor Ort, sagte [Jochen Ott](#) (SPD). Doch Populismus sei fehl am Platz. „Politik geht anders, so dürfen wir mit wirklich schwierigen Themen nicht umgehen“, forderte der Landtagsabgeordnete. Es gehe darum, Probleme zu erkennen und diese lösungsorientiert auf Basis von Fakten anzugehen – dabei sei NRW auf einem guten Weg. Ott bezeichnete es als notwendig, die Infrastruktur der Region zu sanieren, um Bau-

stellen und Staus komme man dabei nicht herum. Entscheidend sei, die Menschen vor Ort zu informieren, anstatt sie weiter zu verunsichern.

[Oliver Bayer](#) (PIRATEN) sagte, nicht die 4,5 Millionen Euro teure Lkw-Sperre auf der Leverkusener Brücke sei Grund für den Stau, sondern eine Verkehrspolitik unter der früheren Landesregierung von CDU und FDP, bei der Instandhaltung keine Rolle gespielt habe. Überhaupt werde die Politik der 1950er- bis 1970er-Jahre weitergeführt. Jedoch werde auch eine Erweiterung des Autobahnkreuzes oder des Kölner Rings künftig Staus nicht verhindern. „Sie räumen damit nur dem Stau der kommenden Jahrzehnte mehr Raum ein“, so Bayer. Es komme darauf an, die Kapazitäten auf dem Wasser, auf der Schiene und auf der Straße besser zu nutzen und den Pendlerverkehr von der Straße zu holen.

Neubau geplant

[Arndt Klocke](#) (GRÜNE) vermisste einen Aspekt in der Rede des Antragstellers. Zwischen 2012 und 2015 hätten täglich Hunderte Lkw trotz Verbotsschildern die Leverkusener Brücke „schamlos weiter befahren“, erklärte er. Dies gehöre zur Wahrheit. Bereits Mitte der 1990er-Jahre oder zu Beginn der 2000er-Jahre hätte man den Sanierungsbedarf der Brücke absehen können, sagte Klocke. Auch die CDU habe in ihrer Regierungszeit nichts unternommen, mache nun aber Stimmung. Der Landesbetrieb

„Straßen.NRW“ habe den Neubau nachsichtig und – mit Blick auf die damit ebenfalls betroffene Giftmülldeponie – „mit ganz viel Sorge“ geplant.

Das Stau-Chaos rund um Köln und Leverkusen sei durch die Schranken und Geschwindigkeitsbegrenzungen verschärft worden, kritisierte [Christof Rasche](#) (FDP). „Die Staus haben ein Rekordniveau in der Umgebung erreicht.“ Der Verkehr müsse laufen, sonst gehe das zu Lasten der Pendlerinnen, Pendler und Unternehmen sowie des gesamten Industriestandorts im Rheinland. „Die Schäden an der Brücke kommen nicht überraschend.“ Die Planungen für eine neue Brücke hätten früher anfangen können. Jetzt fehle ein Konzept der Regierung zur Verringerung des täglichen Staus. Das gelte für den Raum Köln und Leverkusen – und für ganz NRW.

Verkehrsminister [Michael Groschek](#) (SPD) verteidigte die Sperranlage auf der A1-Brücke in Leverkusen als „einzige reale Alternative“ zu einer Vollsperrung. Er versprach, Baubeginn der neuen Brücke sei im kommenden Jahr, im Jahr 2020 könnten dann Pkw und Lkw über das erste Brückenbauwerk fahren. Die jetzigen Probleme seien Folgen der „größten Lebenslüge der deutschen Verkehrspolitik“. Die Politik habe sich zu wenig bemüht, Güter von der Straße zu holen. Es gebe zu wenig Infrastruktur, deswegen müssten Schienen und Bahnhofskapazitäten ausgebaut, der Rhein vertieft und eine neue Rheinbrücke gebaut werden. *bra/sow/sam*



Gedenken und Mahnung

9.11.2016 – Der Landtag hat der Opfer der Pogromnacht vor 78 Jahren gedacht. Die Fraktionen verabschiedeten einstimmig eine gemeinsame Resolution mit dem Titel „Gedenken an die Opfer des 9. November 1938 ist Mahnung für die Zukunft!“ ([Drs. 16/13405](#)). Darin heißt es u. a.: „Der Landtag Nordrhein-Westfalen bekräftigt am 9. November 2016 seine Überzeugung, dass antisemitische, rassistische und rechtsextreme Einstellungen und Verhaltensweisen in unserem Land keinen Platz haben! Ihnen treten wir klar und entschieden entgegen.“ Mehr als 70 Jahre nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur sei jüdisches Leben wieder ein wichtiger Teil Nordrhein-Westfalens. „Es ist ein Geschenk für unser Land, dass das jüdische Leben mit seiner Kultur und Religion in Nordrhein-Westfalen wieder feste Wurzeln geschlagen hat“, heißt es in der Resolution weiter. Und: „Zugleich empfindet es der Landtag als beschämend, dass Bürgerinnen und Bürger jüdischen Glaubens sowie jüdische Einrichtungen auch in unserem Bundesland Anfeindungen und Angriffen ausgesetzt sind.“ Vizepräsident Eckhard Uhlenberg sagte in einer Rede vor den Abgeordneten, der 9. November sei eine „Mahnung für den kompromisslosen Eintritt für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und für ein mutiges Nein gegen jede Form von Antisemitismus, Willkür und Diskriminierung“.

Stärkungspakt

9.11.2016 – Mit den Stimmen der Regierungsfractionen von SPD und GRÜNEN hat der Landtag das „Gesetz zur Einführung einer dritten Stufe des Stärkungspaktes“ ([Drs. 16/12785](#)) verabschiedet. CDU, FDP, PIRATEN und der fraktionslose Abgeordnete Daniel Schwerd stimmten in der zweiten Lesung dagegen. Ein Entschließungsantrag der CDU-Fraktion ([Drs. 16/13412](#)) wurde mit Mehrheit abgelehnt. Mit dem Gesetz wird der Kreis der Stärkungspakt-Gemeinden im kommenden Jahr einmalig erweitert. Es sollen dann auch die Kommunen Hilfen beantragen

können, die bis 2015 in die Überschuldung geraten sind. Dafür sollen Mittel eingesetzt werden, die für die bisher am Stärkungspakt beteiligten Kommunen nicht mehr gebraucht werden. Derzeit werden mithilfe des Stärkungspaktes Stadtfinanzen 61 Städte und Gemeinden unterstützt.

Naturschutz

9.11.2016 – Der Landtag hat in zweiter Lesung das Landesnaturschutzgesetz verabschiedet. Für den Entwurf der Landesregierung ([Drs. 16/11154](#) und [16/13323](#)) stimmten die Fraktionen von SPD und GRÜNEN, dagegen stimmten die Fraktionen von CDU und FDP. Die PIRATEN enthielten sich. Nach Inkrafttreten des Bundesnaturschutzgesetzes im Juli 2009 seien viele Vorschriften des Landschaftsgesetzes NRW nicht mehr anwendbar gewesen, da sie vom Bundesrecht überlagert würden, heißt es im Entwurf. Die so entstandene Rechtslage sei „sehr unübersichtlich und anwenderunfreundlich“ gewesen. Das neue Landesnaturschutzgesetz solle u. a. den Grünlandschutz und den Biotopverbund „als wichtige Elemente zur Wahrung der Biodiversität“ stärken (Diversität: Vielfalt). Regelungen, die in den vergangenen Jahren zulasten der Natur gegangen seien, sollen korrigiert werden.

„Taser“ bei der Polizei

9.11.2016 – Die FDP-Fraktion setzt sich für die Erprobung sogenannter Taser (Distanzelektroimpulsgeräte) bei der nordrhein-westfälischen Polizei ein. Es solle getestet werden, ob sie „die taktische Lücke zwischen Pfefferspray und Schusswaffe im Einsatzalltag der Polizeibeamtinnen und -beamten auf der Straße erfolgreich schließen können“, heißt es im Antrag ([Drs. 16/13309](#)). Beim Taser-Einsatz werden, so die Fraktion, mit Widerhaken versehene und über Drähte mit dem Gerät verbundene Projektilpfeile auf Angreifer abgeschossen. Minimale Stromstärken führten zu Kontraktionen der Skelettmuskeln und machten den Angreifer komplett handlungsunfähig. Der Antrag wurde

zur weiteren Beratung an den Innenausschuss überwiesen.

Landesverfassung

10.11.2016 – Gleich drei Gesetzentwürfe mit der Absicht, die Landesverfassung zu ändern, standen auf der Tagesordnung des Plenums. Die FDP-Fraktion möchte eine Individualverfassungsbeschwerde in der Verfassung verankern. Wer sich also in seinen in der Landesverfassung niedergeschriebenen Rechten verletzt sieht, soll Verfassungsbeschwerde einlegen können, wie dies auch auf Bundesebene und in einigen Bundesländern möglich ist ([Drs. 16/13113](#)). Die Fraktionen von SPD, GRÜNEN und PIRATEN wollen Jugendlichen ab 16 Jahren ermöglichen, auf Landesebene wählen zu gehen. Dazu haben sie einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die generelle Streichung eines Mindestwahlalters vorsieht. Damit müsste zur Änderung des Wahlalters nicht mit Zwei-Drittel-Mehrheit die Verfassung geändert, sondern nur mit einfacher Mehrheit ein entsprechendes Gesetz verabschiedet werden ([Drs. 16/13313](#)). In einem weiteren Gesetzentwurf wollen SPD, GRÜNE und PIRATEN das Kommunale Wahlrecht für Nicht-EU-Ausländerinnen und -Ausländer in der Verfassung festschreiben ([Drs. 16/13314](#)). Alle Gesetzentwürfe wurden in 1. Lesung beraten. Bei Änderungen zur Landesverfassung sind drei Lesungen vorgesehen.

Petitionen

10.11.2016 – Der Petitionsausschuss des Landtags hat im Plenum seinen Bericht für das zweite Halbjahr 2015 vorgelegt. Demnach waren von Juli bis Dezember 1.439 neue Petitionen eingegangen. Erledigt hat der Ausschuss in dem Zeitraum 1.552 Petitionen. Thematisch ging es bei den neu eingegangenen Petitionen besonders häufig um den Bereich „Soziales“ (427). Den zweiten Platz belegen die Themen „Öffentlicher Dienst“ sowie „Rundfunk und Fernsehen“ mit je 215 bzw. 192 Eingängen. Die Quote der insgesamt positiv beantworteten Petitionen lag laut Bericht bei 33,4 Prozent.

Am Rednerpult:
Ministerpräsidentin
Hannelore Kraft (SPD)



Armin Laschet
(CDU)



Stefan Zimkeit
(SPD)



Ralf Witzel
(FDP)



Martin-Sebastian
Abel (GRÜNE)



Nicolaus Kern
(PIRATEN)

PLENUM

Der Bund, die Länder und das Geld

Diskussion über die Reform der Finanzbeziehungen

9. November 2016 – Der Bund und die Länder haben sich auf eine neue Verteilung der Steuermittel ab dem Jahr 2020 geeinigt. Der Kompromiss sieht u. a. steigende Hilfen des Bundes vor. Gleichzeitig geben die Länder Kompetenzen ab. Geplant ist zudem die Gründung einer Infrastrukturgesellschaft des Bundes, die Investitionen ins Fernstraßennetz bündeln soll. Im Plenum des Landtags bewerteten die Fraktionen die Einigung unterschiedlich.

Ziel der Verhandlungen sei es gewesen, den Föderalismus transparenter zu machen, sagte Ministerpräsidentin **Hannelore Kraft** (SPD). Dies sei gelungen: Der Länderfinanzausgleich in der heutigen Form werde abgeschafft, NRW behalte ab dem Jahr 2020 rund 1,4 Milliarden Euro jährlich mehr von den eigenen Einnahmen, so Kraft. Zudem hätten sich Bund und Länder u. a. darauf geeinigt, eine privatrechtliche Infrastrukturgesellschaft zu gründen, gleichzeitig aber das unveräußerliche Eigentum des Bundes an Autobahnen und Straßen im Grundgesetz festzuschreiben, betonte Kraft. „Das heißt: Schluss mit der Privatisierung.“

„NRW bleibt Nehmerland“

CDU-Fraktionsvorsitzender **Armin Laschet** bezeichnete die Reform als wichtig, um Konflikte zwischen den Ländern zu beseitigen. Dies ändere jedoch nichts daran, dass NRW weiterhin Nehmerland im Länderfinanzausgleich bleibe. Der Fraktionsvorsitzende forderte die Landesregierung auf, ihre Hausaufgaben zu machen, indem sie die Wirtschafts- und Steuerkraft Nordrhein-Westfalens stärke. Nur so könne das Bundesland wieder zu einem Geberland werden. Im Hinblick auf die geplante Umverteilung

von Kompetenzen in Richtung Bund warnte Laschet: „Die Länder müssen aufpassen, dass sie nicht immer mehr Kompetenzen abgeben und der Bund das mit Geld bezahlt.“

Laschets Kritik gründe auf einer falschen Wahrnehmung, sagte **Stefan Zimkeit** (SPD): NRW sei nicht schwach, sondern stark. „Deshalb können wir solidarisch mit anderen Ländern sein.“ Zum Aspekt „Infrastruktur“ merkte er an, dass die Wünsche des Bundes nach mehr Einfluss nicht auf dem Rücken der Beschäftigten beim Landesbetrieb Straßenbau NRW (Straßen.NRW) ausgetragen werden dürften. Bei der Digitalisierung wie auch bei der Steuerverwaltung mahnte er an, die NRW-Standards beizubehalten. Und was die befürchteten Belastungen der Kommunen im Rahmen des Unterhaltsvorschlusses angehe, so dürfe die CDU sich gern in die aktuellen Verhandlungen gewinnbringend einschalten.

Ralf Witzel (FDP) sah beim Verhandlungsergebnis „viele Verlierer“, etwa die Bürgerinnen und Bürger, weil Entlastungen ausgeblieben seien: Knapp 30 Jahre nach der Deutschen Einheit sei der „Soli“ verzichtbar. Zweitens verliere der Gesamtstaat, weil „etliche Fehlanreize“ fortbeständen. Es gebe mehr Zentralismus statt mehr

Wettbewerbsföderalismus. „NRW partizipiert unterdurchschnittlich vom warmen Regen des Bundes“, kritisierte Witzel außerdem. Bei der Finanzausstattung pro Kopf liege NRW am Ende der Tabelle. „Die Länder hängen mehr am Tropf des Bundes“ und grundlegende Strukturprobleme blieben ungelöst, so sein Fazit.

Es sei gut, dass künftig mehr von dem Geld, das in Nordrhein-Westfalen erwirtschaftet werde, auch im Land bleibe, sagte **Martin-Sebastian Abel** (GRÜNE). Bund und Länder hätten für die nächsten Jahre Planungssicherheit. Dennoch seien viele Fragen offen. Abel sprach in diesem Zusammenhang die „Digitalisierungsoffensive“ und das geplante Bürgerportal der öffentlichen Verwaltungen an. Letzteres müsse von Anfang an gemeinsam mit den Ländern erarbeitet werden. Er forderte zudem ein Ende des Kooperationsverbots von Bund und Ländern in der Bildung. Die NRW-Hochschulen müssten vom Bund ihrer Leistung angemessen gefördert werden.

Dass NRW vom Jahr 2020 an 1,4 Milliarden Euro mehr erhalte, sei nicht dem Verhandlungsgeschick der Landesregierung zu verdanken, sagte **Nicolaus Kern** (PIRATEN). Vielmehr sei es

„ein Ding der Unmöglichkeit gewesen, am Ende nicht mit mehr Geld in der Kasse dazustehen“. Mit der Abgabe von Kompetenzen hätten die Länder aber einen zu hohen Preis gezahlt, der Föderalismus werde in „finanzielle Geiselschaft genommen“. Schwerwiegende Folgen werde die Gründung einer „Bundesautobahngesellschaft“ haben. Die Stellen der 6.000 Beschäftigten von „Straßen.NRW“ seien dadurch gefährdet. Kern befürchtete eine Privatisierung der Autobahnen.

Dietmar Schulz (fraktionslos) schloss sich den Worten seines Vorredners in vielen Punkten an. Alle Bundesländer hätten wesentliche Kompetenzen an den Bund abgegeben.

Mit beraten wurde der Antrag der PIRATEN-Fraktion „Kein Blankoscheck für eine ‚Infrastrukturgesellschaft Verkehr‘ – NRW muss drohender Privatisierung der Autobahnen jetzt einen Riegel vorschieben“ ([Drs. 16/13304](#)), ein Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und GRÜNEN ([Drs. 16/13408](#)) sowie ein Entschließungsantrag der CDU-Fraktion ([Drs. 16/13411](#)).

bra, sow, zab, sam

Zeitreise durch die Landtags

Opernhaus



Henkel-Werke



Ständehaus

In der Villa Horion in Düsseldorf werden sieben Jahrzehnte nordrhein-westfälisches Parlament lebendig. Dort befindet sich seit Ende Oktober das „Haus der Parlamentsgeschichte“, durch das der Besucherdienst Gruppen von bis zu 15 Personen führt.

Es war am 2. Oktober 1946, als mit Beethovens Coriolan-Ouvertüre die konstituierende Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen eröffnet wurde. Die britische Militärregierung hatte zuvor je 100 Abgeordnete aus dem Rheinland und aus Westfalen ernannt, die im Opernhaus zusammenkamen – einem der wenigen Gebäude im zerstörten Nachkriegs-Düsseldorf, das für einen solchen Zweck überhaupt infrage kam. Es war ein historischer Moment: ein demokratischer Neuanfang an Rhein und Ruhr nach Ende des Zweiten Weltkrieges und nach zwölf Jahren Nazi-Diktatur.



Diese erste Sitzung können Besucherinnen und Besucher seit Ende Oktober im „Haus der Parlamentsgeschichte“ nachempfinden. Sie hören die Coriolan-Ouvertüre und sie sitzen auf Parkettstühlen – so wie einst die ersten Abgeordneten, darunter der spätere erste Bundeskanzler Konrad Adenauer oder der spätere NRW-Ministerpräsident Karl Arnold.

Zu Gast in der „Kaffeeklappe“

Denn das „Haus der Parlamentsgeschichte“ versetzt Interessierte an die Orte zurück, an denen der Landtag seit 1946 getagt hat. Das waren nach dem Opernhaus der Theatersaal der Henkel-Werke in Düsseldorf-Holthausen (1946 bis 1949) und das wiederaufgebaute Ständehaus (1949 bis 1988). Und das ist seit Oktober 1988 das Landtagsgebäude am Rhein.

Bereits mit der zweiten Sitzung siedelten die ersten NRW-Abgeordneten in die Henkel-Werke um. Besucherinnen und Besucher lernen diese provisorischen und mit vielen Einschränkungen versehenen demokratischen Anfangsjahre und die politischen Themen dieser Zeit

im zweiten Raum des „Hauses der Parlamentsgeschichte“ kennen.

Danach geht es in den Raum „Ständehaus“ – dem ersten ständigen Sitz am Düsseldorfer Schwanenspiegel. Im „Haus der Parlamentsgeschichte“ wird er repräsentiert durch die legendäre Kaffeeklappe, einem Treffpunkt für Abgeordnete, an dem auch informell Politik gemacht wurde. Im letzten Raum sitzen Interessierte im nachempfunden Plenarsaal des Landtagsgebäudes am Rhein – vor der Sanierung 2012. Und von dort gibt es auch einen überraschenden Blick auf das Landesparlament. Mehr wird aber nicht verraten.

Alle diese vier Orte, die Themen und Herausforderungen jeder Epoche und die politischen Akteure der jeweiligen Zeit – sie werden im „Haus der Parlamentsgeschichte“ wieder lebendig: durch originale Radio- und Fernsehbeiträge, durch Möbel und Exponate aus den vergangenen sieben Jahrzehnten und durch die Führungen des Besucherdienstes. Denn das Angebot richtet sich ausschließlich an geführte Gruppen von bis zu 15 Personen.

Eröffnet wurde das „Haus der Parlamentsgeschichte“ am 26. Oktober 2016 von Landtagsprä-

geschichte



sidentin Carina Gödecke gemeinsam mit den Vizepräsidenten Eckhard Uhlenberg, Oliver Keymis und Dr. Gerhard Papke. Die Landtagspräsidentin betonte: „Ich freue mich sehr, dass wir in dem Jahr, in dem Land und Landtag Nordrhein-Westfalen ihren 70. Geburtstag feiern, das ‚Haus der Parlamentsgeschichte‘ eröffnen.“ Und Vizepräsident Eckhard Uhlenberg, der den Anstoß für das „Haus der Parlamentsgeschichte“ gegeben hatte, zeigte sich „sehr zufrieden“ mit dem Ergebnis.

Besuch im Kabinettsaal

Dabei ist die „Villa Horion“ selbst ein geschichtsträchtiger Ort: Sie war 1910/11 als Dienstsitz des Landeshauptmanns der Rheinprovinz erbaut worden. Seit 1922 war dies bis zu seinem Tod im Februar 1933 Johannes Horion. In Erinnerung an diesen letzten demokratisch gewählten Landeshauptmann wurde dessen Dienstsitz seit den 1940er-Jahren als Villa Horion bezeichnet.

Nach dem Krieg diente das Gebäude bis 1956 als britisches Offizierskasino. Von 1961 bis 1999 war die Villa Dienstsitz der vier Ministerpräsidenten Dr. Franz Meyers, Heinz Kühn,

Johannes Rau und Wolfgang Clement. Die Führungen des Besucherdienstes enden daher auch im original erhaltenen früheren Kabinettsaal der nordrhein-westfälischen Landesregierung.

Das „Haus der Parlamentsgeschichte“ ist zugleich der dritte und letzte Teil eines Gesamtkonzepts zur zeitgemäßen Erweiterung der Informationsangebote des Landtags. Bereits seit vergangenem August können Interessierte auf den „Wegen der parlamentarischen Demokratie“ die Orte in Düsseldorf entdecken, an denen der Landtag seit seiner Konstituierung 1946 getagt hat. Im Februar dieses Jahres öffnete das neue multimediale Besucherzentrum im Landtag. Weitere Informationen zu diesen Angeboten finden Sie unter www.landtag.nrw.de. *wib*

Das „Haus der Parlamentsgeschichte“ befindet sich unweit des Landtagsgebäudes am Rhein in der Villa Horion, Johannes-Rau-Platz, 40213 Düsseldorf. Es kann nach vorheriger Anmeldung im Rahmen von Führungen von bis zu 15 Personen besucht werden: Besucherdienst des Landtags, Tel.: (0211) 884-2955/-2302 oder besucherdienst@landtag.nrw.de. Der Eintritt ist frei.



Sie eröffneten das „Haus der Parlamentsgeschichte“: Landtagspräsidentin Carina Gödecke und (v.l.) die Vizepräsidenten Oliver Keymis, Eckhard Uhlenberg sowie Dr. Gerhard Papke.



Fotos: Schälte

Dem Täter auf der Spur

Sachverständigen-Anhörung im Innenausschuss zu Wohnungseinbrüchen

27. Oktober 2016 – Mehr Ermittlungskommissionen, Tatortaufnahme durch Spezialteams, Schleierfahndung, Computerprogramme zur Vorhersage von Straftaten – dies sind vier von insgesamt sieben Maßnahmen, mit denen die CDU-Fraktion Einbrechern das Leben schwer machen will. In einer Anhörung des Innenausschusses äußerten sich Sachverständige überwiegend zustimmend. Allerdings sei mehr Personal erforderlich.

Grundlage der Anhörung war der Antrag „Maßnahmenpaket zur Bekämpfung des Wohnungseinbruchsdiebstahls“ ([Drs. 16/12344](#), siehe Infokasten). Mit insgesamt 62.362 Fällen sei im vergangenen Jahr in NRW ein neuer Höchststand erreicht worden, schreibt die CDU-Fraktion: „Um annähernd auf das Deliktniveau Nordrhein-Westfalens zu kommen, muss man alle Wohnungseinbrüche aus Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Sachsen-Anhalt zusammenrechnen.“ Die Fraktion kritisiert „eine inakzeptabel niedrige Aufklärungsquote von lediglich 13,8 Prozent“.

In Ballungsräumen sei es generell schwieriger, Straftaten aufzuklären, als in weniger bewohnten Gebieten, hielt die Gewerkschaft der Polizei (GdP) dagegen. Die Anonymität sei in Städten größer, es gebe weniger Hinweise auf Tatverdächtige. NRW mit seinen vielen Großstädten und dem Ballungsraum Rhein-Ruhr könne daher kaum mit Bayern, Baden-Württemberg oder Niedersachsen verglichen werden. Die Gewerkschaft forderte u. a. zusätzliches Personal für die Spurensicherung. Außerdem sollten Mindeststandards zur Einbruchssicherheit in die Landesbauordnung aufgenommen werden. Computerprogramme zur Vorhersage von Straftaten seien eine sinnvolle Ergänzung, müssten aber erprobt werden. Die in Bayern gewonnenen Erfahrungen in diesem Zusammenhang seien „überaus positiv“, so das bayerische Landeskriminalamt in einer Stellungnah-

me für den Ausschuss. Allerdings entfalte die Software nur dann ihre Wirkung, wenn auch genug Einsatzkräfte in den Alarmgebieten zur Verfügung stünden.

Wie die GdP hielt auch die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoG) verdachts- und ereignisunabhängige Personenkontrollen („Schleierfahndung“) für sinnvoll. In NRW fehlten dafür jedoch die rechtlichen Grundlagen. Das „Maßnahmenpaket“ sei umfangreich und „an mehreren Stellen geeignet, die Ermittlungsleistung zu verbessern“, so die DPoG. Spezialteams für die Tatortaufnahme bei Wohnungseinbrüchen seien jedoch nicht erforderlich. Dafür seien die Kräfte des Wachdienstes ausgebildet.

Aufklärungsquote

Der Bund Deutscher Kriminalbeamter (bdk) unterstützte den Antrag, wies zugleich aber auf die Personalsituation hin: „Eine begrenzte Anzahl von Personal kann nur eine begrenzte Zahl von Fällen klären. Steigende Fallzahlen bei gleichem Personalbestand führen zwangsläufig zu sinkenden Aufklärungsquoten.“

Dr. Frank Kawelovski (Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW) hielt Aufklärungsquoten für wenig aussagekräftig. Sie seien „massiven Verzerrungen ausgesetzt“. In vielen Bundesländern und Polizeibehörden bildeten sie nicht ab, „wie viele Einbrecher tatsächlich beweissicher überführt worden sind“.

Die Möglichkeiten, deutlich mehr Täter beweiskräftig zu ermitteln, seien begrenzt, so das

Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen – vor allem, weil oft Spuren und Zeugen fehlten. Zu den aussichtsreichen Maßnahmen zählten „ein gezielter Personaleinsatz, die Deliktsspezialisierung bei Polizei und Staatsanwaltschaft, die Verkürzung der Auswertungszeit von DNA-Spuren, die Zusammenarbeit der Ermittlungseinheiten in Deutschland und Europa sowie die Erleichterung der Funkzellenabfrage“.

Die Bekämpfung des Wohnungseinbruchsdiebstahls sei seit 2010 ein strategischer Schwerpunkt der NRW-Polizei, hieß es in der Stellungnahme des Landeskriminalamts. Damit sei man „Vorreiter in Deutschland“. Die getroffenen Maßnahmen, darunter die Aktion „Riegel vor!“, zeigten Wirkung: Die Fallzahlen seien in den ersten drei Quartalen 2016 zurückgegangen, der Trend sinkender Aufklärungsquoten gestoppt. Der Anteil der Taten, bei denen es beim Versuch blieb, sei gestiegen. zab

Forderungen

Die CDU-Fraktion stellt in ihrem Antrag sieben Forderungen:

- Verdopplung der Anzahl von Ermittlungskommissionen
- Tatortaufnahme („erster Angriff“) durch feste Teams mit klar definierten Aufgaben
- Ermöglichung der Schleierfahndung
- Zeitnaher landesweiter Einsatz von „Predictive Policing“ (Software zur Vorhersage von Straftaten)
- Sicherheitskooperationen mit angrenzenden Bundesländern
- Verbesserte Zusammenarbeit von Polizei und Justiz mit europäischen Nachbarländern
- Sofortiger Verzicht auf „sinnlose“ Blitzmarathons, um die frei werdenden Personalstunden zur Bekämpfung der Wohnungseinbrüche einzusetzen

Grün, Gelb oder Rot

Pro und Kontra zur geplanten Hygiene-Ampel für Lebensmittelbetriebe

2. November 2016 – Brötchen, Bratwurst, Bauernsalat: Was wir essen, soll schmecken. Was neben dem Geschmack die Appetitlichkeit von Lebensmitteln ausmacht, entzieht sich in der Regel unserer Kenntnis. Und das soll sich nach Planung der Landesregierung ändern. Vorgesehen ist ein Barometer, auch Hygiene-Ampel genannt, das von Grün über Gelb zu Rot verläuft. Es soll mit entsprechender Pfeilmarkierung Verbraucherinnen und Verbraucher über die Hygiene im verkaufenden Betrieb informieren. In einer kontroversen Anhörung im Ausschuss für Verbraucherschutz bezogen Sachverständige zu diesem Vorhaben Stellung.

Im Jahr 2011 hatten sich die Verbraucherschutzministerinnen und -minister der Länder auf das Ziel geeinigt, für mehr Transparenz bei der Lebensmittelhygiene zu sorgen. Da es eine bundesweite Regelung bisher nicht gibt, will nun Nordrhein-Westfalen ein eigenes Hygienebarometer einführen ([Gesetzentwurf Drs. 16/12857, Vorlage 16/4289](#)). An der Ladentür oder im Schaufenster von Betrieben, die Lebensmittel verkaufen, soll es für Transparenz sorgen. Betriebe ohne direkten Kundenkontakt müssen das Kontrollergebnis im Internet veröffentlichen, so der Plan.

Die Verbraucherzentralen sprachen sich für den Gesetzentwurf aus. Neben der Transparenz für die Verbraucherinnen und Verbraucher sei auch von einem Anreiz für die Betriebe auszugehen, die in einen Qualitätswettbewerb einstiegen. Aus einer Testphase des Modells in Bielefeld und Duisburg lasse sich großes Interesse ablesen: Mehr als 400.000 Bewertungen seien in rund 1.000 Tagen abgerufen worden.

„Mangelnde Objektivität“

Vonseiten der Betriebe hingegen fiel wiederholt das Argument mangelnder Objektivität. Der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA) verwies in seiner Stellungnahme etwa auf unterschiedliche Bewertungen der gleichen Sachlage durch verschiedene Kontrolleure.

Als geschäftsschädigend bewerteten einige Verbände die Wartezeit, bis ein schlechter Ruf rehabilitiert werden könne. Denn nach einer schlechten Bewertung hätten die Betriebe zwar Gelegenheit nachzubessern. Aber die Nachkontrolle könne bis zu drei Monate in Anspruch nehmen, kritisierte unter anderem der Bundesverband Großhandel, Einzelhandel, Dienstleistungen.

Insgesamt sei der bürokratische Aufwand für die Betriebe zu hoch, befand die Hallo Pizza GmbH in ihrer Stellungnahme. Denn um einwandfrei bewertet zu werden, müssten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Hygienemaßnahmen dokumentieren. Und da mangelnde Dokumentation ebenso zur Abwertung führe wie tatsächliche Hygienemissstände, hielten die Vertretungen der Rheinischen und westfälischen Bäckerinnen und Bäcker das Kontroll-

ergebnis nicht für aussagekräftig. Dr. Matthias Mainz von der Industrie- und Handelskammer problematisierte zudem veraltete Informationen, wenn seit der letzten Kontrolle einige Zeit vergangen sei. DEHOGA-Sprecher Thorsten Hellwig sprach in der Anhörung von einer „Pseudotransparenz“.

Der Fleischerverband Nordrhein-Westfalen stellte infrage, ob die Verbraucherinnen und Verbraucher nachvollziehen könnten, wie das Kontrollergebnis zustande gekommen sei. Der Verband bewertete die bisherigen Kontrollen und Sanktionsmöglichkeiten als ausreichend. Johannes Heeg vom Verein Foodwatch entgegnete, das bisherige System bevorteile diejenigen, die sich nicht an die geltenden Hygienevorschriften hielten und somit billiger produzieren könnten: „Betrügen lohnt sich. Die Wahrscheinlichkeit, erwischt zu werden, ist gering.“ Und die Zahl der Verstöße werde nicht geringer.

Der Rechtsanwalt Prof. Dr. Alexander Schink befasste sich in seiner Stellungnahme mit juristischen Bedenken zum Gesetzentwurf wegen der tangierten Grundrechte auf freie Berufsausübung und informationelle Selbstbestimmung. Er bezeichnete den Gesetzentwurf als verfassungskonform.

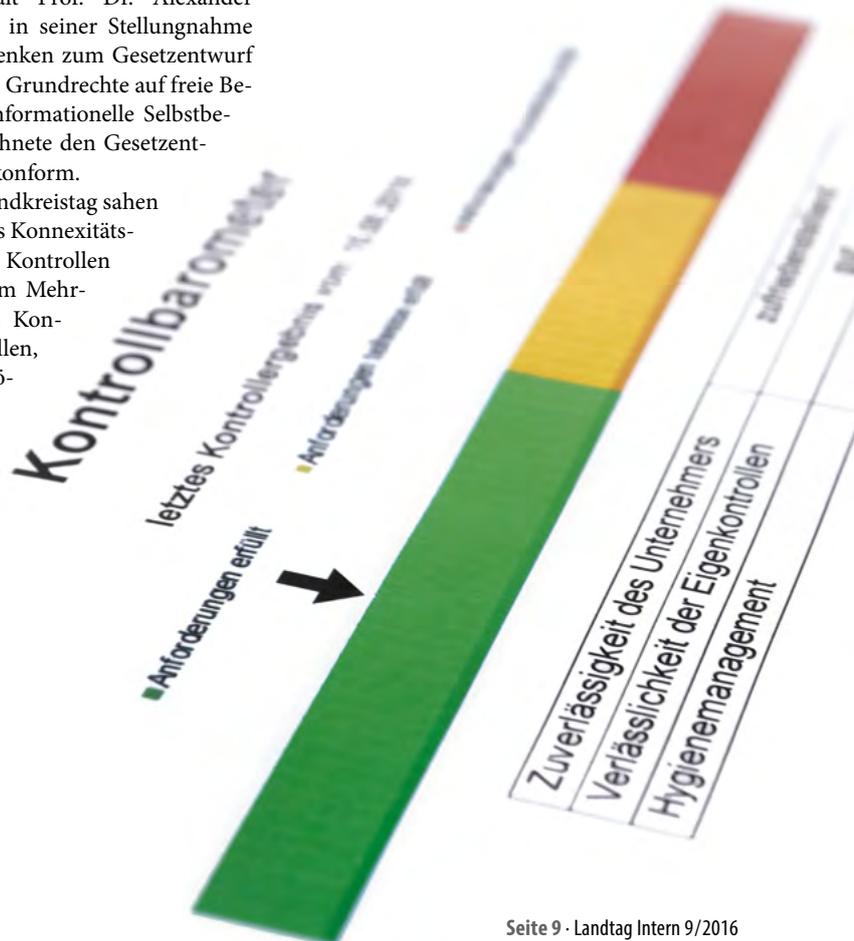
Städtetag und Landkreistag sahen im Gesetzentwurf das Konnexitätsprinzip verletzt: Die Kontrollen seien mit erheblichem Mehraufwand verbunden. Kontrollen, Nachkontrollen, Beschwerden, Anhörungen – dafür feh-

le das Personal. Pro Jahr seien zwischen 5,7 und 8 Millionen Euro notwendig, geht aus den Stellungnahmen der Verbände hervor. Wenn das Land den Kommunen die Aufgaben übertrage, müsse es auch für die Kosten aufkommen. Die Kostenabschätzung der Landesregierung sei „völlig unzureichend“.

Aus der Erfahrung in Dänemark, wo es ein fünfstufiges Smiley-System zur Lebensmittelhygiene in Betrieben und Gaststätten gibt, berichtete Poul Ottosen, ehemals Staatssekretär im dänischen Lebensmittelministerium. Auch dort habe es bei Einführung des Kontrollsystems im Jahr 2001 erhebliche Sorgen gegeben. Heute, nach 15 Jahren Praxis, seien 8 von 10 Betrieben dem Smiley gegenüber positiv eingestellt.

sow

Mehr zum Thema lesen Sie auf den Seiten 10 und 11.



Standpunkte

Meinungen zum Titelthema „Hygiene-Ampel“



[Inge Blask](#)
(SPD)



[Christina Schulze Föcking](#)
(CDU)

Eine Hygiene-Ampel für Lebensmittelbetriebe ...

... hat das Ziel, die Ergebnisse der Lebensmittelkontrollen den Verbrauchern öffentlich und transparent zu machen. Wer ins Restaurant geht, will gut essen und die Gewissheit haben, dass es sauber zugeht. Dies leistet die Hygiene-Ampel. Zugleich wollen wir die Betriebe anspornen, das Niveau der Lebensmittelhygiene zu steigern. So sorgen wir für einen Wettbewerb um die beste Qualität.

... ist in der angedachten Version ein Instrument, das Pseudotransparenz schafft und die Bedürfnisse der Verbraucher kaum berücksichtigt. Die Kernfrage und Relevanz für den Verbraucher, ob der Betrieb hygienisch sauber arbeitet und qualitativ gute Produkte anbietet, wird nicht klar beantwortet. Gerade die kleine Bäckerei oder die Metzgerei im Ort wird dadurch erheblich belastet und die großen Discounter mit den SB-Produkten werden bevorzugt. Ergebnis wird sein, dass die großen Anbieter den traditionellen Bäcker von nebenan verdrängen.

Die Ausgestaltung des Instruments ...

... ist so angelegt, dass das „Hygienebarometer“ zukünftig in allen Gaststätten und an allen Verkaufsstellen für Lebensmittel über die Ergebnisse der jüngsten Kontrollen durch die amtliche Lebensmittelüberwachung informieren soll. Dies verschafft den Verbrauchern einen schnellen Überblick über die hygienische Situation des Betriebes.

... sorgt in unseren Kommunen für finanzielle Zusatzbelastungen und mehr Bürokratie. Die Lebensmittelkontrolleure haben erhebliche Bedenken gegenüber dem Gesetzentwurf und die Betroffenen sehen weitere Belastungen, die an der Existenz ihrer Betriebe rührt. Wenn für einen Schädlingsbefall, etwa durch Mäuse, maximal 3 Mängelpunkte vergeben werden und eine mangelhafte Dokumentation bei einem schädlingsfreien Betrieb zu 2 Mängelpunkten führt, steht das in keinem Verhältnis und hilft keinem Kunden weiter.

In der Abwägung von Verbraucher- und Betriebsinteressen ...

... haben Verbraucher ein berechtigtes Interesse zu wissen, wie die hygienische Situation in ihrer Bäckerei, in der sie einkaufen, ist. Diese Information steht ihnen gemäß des Verbraucherinformationsgesetzes auch rechtlich zu. Mit dem Transparenzgesetz haben wir hierfür eine pragmatische Lösung gefunden. Die Betriebe bekommen gleichzeitig das Recht, ein negatives Kontrollergebnis durch eine „zusätzliche Kontrolle“ korrigieren zu können.

... haben wir bereits eine sehr gut aufgestellte Lebensmittelüberwachung, welche die Bedürfnisse der Verbraucher, aber auch die Belange der kontrollierten Betriebe berücksichtigt. Ein Betrieb, der erheblich gegen die Ansprüche der Lebensmittelhygiene verstößt und Verbraucher gefährdet, muss geschlossen werden und nicht nur eine „rote Ampel“ bekommen. Mir liegt ein Verbraucherschutz am Herzen, der auch wirksam und transparent ist.

Die Einführung nur in NRW ist aus meiner Sicht ...

... ein weiterer wichtiger Schritt der rot-grünen Landesregierung, die Lebensmittelkontrolle zu stärken und damit auch die Ernährungswirtschaft in NRW zu verbessern. Nicht nur die Verbraucher in NRW haben das Interesse an mehr Transparenz. Diesem Wunsch könnte CSU-Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt durch ein entsprechendes Bundesgesetz leicht nachkommen.

... in der vorgelegten Entwurfsfassung ein Experiment auf Kosten der kleinen und mittelständischen Handwerksbetriebe im Lebensmittelbereich. Schon jetzt arbeiten unsere Bäckereien hygienisch auf höchstem Niveau. Wir sollten lieber eine Auszeichnung von Betrieben mit einem überdurchschnittlichen Hygienestandard vorantreiben statt der vorgesehenen Negativbewertung.



Dr. Birgit Beisheim
(GRÜNE)



Henning Höne
(FDP)



Simone Brand
(PIRATEN)

... ist ein richtiges und wichtiges Instrument zur Schaffung von Transparenz, Sicherheit und Vertrauen sowie zur Förderung des Wettbewerbs. Durch die landesweite Veröffentlichung der Kontrollergebnisse werden die Beanstandungsquoten bei Betrieben deutlich gesenkt. Außerdem erhöht sie den Druck auf die Betriebe, die die Standards nicht einhalten und die ganze Branche in Verruf bringen können.

... ist reine Symptombekämpfung, denn sie überprüft vor allem die Dokumentation des Hygienemanagements. Viel wichtiger sind aber die tatsächlichen Zustände und damit auch die Ausbildung sowie das Hygienebewusstsein der mit Lebensmitteln in Kontakt kommenden Personen. Als FDP-Landtagsfraktion setzen wir uns daher für die Einführung eines Hygiene-Führerscheins ein.

... ist lange überfällig. Wenn ein Verbraucher bisher Informationen über einen Betrieb haben will, muss er bis zu drei Monate auf eine Auskunft warten. Das ist nicht praktikabel und muss geändert werden. Die übersichtliche Aufteilung in die Ampelfarben und die Informationen, was zu der Einstufung geführt hat, werden gut arbeitende Betriebe belohnen und dem Verbraucher die notwendige Sicherheit bieten.

... hat sich in den Pilotprojekten in Duisburg und Bielefeld bewährt. Viele Betriebe haben ihre Bewertung in nur kurzer Zeit verbessert und die Kontrollen als Ansporn gesehen, die Mitarbeiter*innen stärker zu schulen und die Vorgaben noch besser zu erfüllen. Auch zahlreiche Verbraucher*innen haben die bereitgestellten Informationen genutzt, um sich über die Betriebe zu informieren.

... ist verfehlt. Dutzende Einzelmerkmale mit unterschiedlicher Gewichtung letztlich in drei Farben plakativ darzustellen, führt Verbraucher in die Irre und lenkt von den eigentlich wichtigen Fragen ab. Eine verlässliche Orientierung bei der Konsumententscheidung bietet sie hingegen nicht. Zudem wurden ausreichend Schlupflöcher zur Umgehung geschaffen.

... muss sowohl den Bedürfnissen der Verbraucher nachkommen, als auch die Datenschutzinteressen der Betriebe schützen. Dänemark hat bereits sehr gute Erfahrungen gemacht. Nach ersten Bedenken befürwortet inzwischen die Mehrheit der Betriebe die Hygieneampel. Der vorliegende Gesetzentwurf wird diesen Anforderungen gerecht und bildet einen wichtigen Schritt zum mündigen und informierten Verbraucher.

... ist das Gesetz für beide Seiten ein Gewinn. Die Verbraucher*innen erhalten notwendige Kenntnisse, um eine gezielte Entscheidung treffen zu können. Aber auch die gut arbeitenden Lebensmittelbetriebe, die die gesetzlichen Vorgaben mit großem Engagement erfüllen, können diese Bemühungen nun öffentlich zeigen und verschaffen sich somit einen berechtigten Wettbewerbsvorteil gegenüber denjenigen, die es nicht tun.

... ist festzustellen, dass man beiden nicht gerecht wird. Unternehmen werden an den Pranger gestellt und Verbrauchern wird Transparenz lediglich vorgegaukelt, statt schwarze Schafe wirksam aus dem Verkehr zu ziehen. Eine Hygiene-Ampel, die nur rot, gelb, grün kennt, erfüllt diesen Zweck nicht.

... gilt es, dem schwächeren Partner ausreichend Schutz zu gewähren, ohne die Betriebe über die Maßen zu belasten. Nur ein gut informierter Verbraucher kann richtige Entscheidungen treffen. Eine Hygieneampel bietet diese Möglichkeit. Dabei gibt es kaum zusätzliche Lasten für die Betriebe, da nur die Dinge öffentlich gemacht werden, die zum jetzigen Zeitpunkt bereits gesetzliche Verpflichtung sind.

... schade, da der Bund immer noch kein Gesetz geschaffen hat. Es ist einmal mehr ein Beleg dafür, dass der Verbraucherschutz in NRW innovativ vorgeht. Dank des vorgelegten Gesetzentwurfs sind wir das erste Bundesland, das ein Transparenzsystem für die amtlichen Lebensmittelkontrollen einführt. In vielen anderen europäischen Ländern, wie z. B. Dänemark, werden diese Maßnahmen seit Jahren erfolgreich ausgeführt.

... ein weiterer Beleg, wie wackelig die Gesetzgebungszuständigkeit des Landes ist. Diese Unsicherheit soll nun auf dem Rücken unserer Lebensmittelunternehmen und der Verbraucher ausgetragen werden.

... eine Möglichkeit, dass NRW eine Vorreiterrolle in Sachen Verbraucherschutz einnehmen kann. Die Sorgen der Betriebe wegen eines starken Konkurrenzdrucks aus Nachbarländern sind meiner Meinung nach unbegründet. Die breite Mehrheit aller Betriebe in NRW arbeitet vorbildlich und kann vielmehr eine gute Einstufung als Wettbewerbsvorteil anderen gegenüber nutzen.



Foto: Schälte

AUS DEN AUSSCHÜSSEN

Pro und Kontra Pflegekammer

26.10.2016 – In einer Anhörung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales haben sich Sachverständige zur möglichen Einrichtung einer Pflegekammer in NRW geäußert. Hintergrund waren Anträge der Fraktionen von CDU sowie von SPD und GRÜNEN. Die Qualität der Pflege werde von Politik und Kostenträgern definiert und von Pflegeeinrichtungen umgesetzt, ohne dass die Pflegenden in diesen Prozess eingebunden seien, schreibt die CDU-Fraktion in ihrem Antrag ([Drs. 16/11224](#)). Nur in einer Pflegekammer, in der alle Fachkräfte vertreten seien, könnten die Interessen dieser Berufsgruppe „sinnvoll gebündelt und kommuniziert werden“. SPD und GRÜNE weisen in ihrem Entschließungsantrag ([Drs. 16/8550](#)) darauf hin, dass eine vom Landtag in der 13. Wahlperiode eingesetzte Enquetekommission aufgrund verfassungsrechtlicher Bedenken von der Einrichtung einer Pflegekammer abgeraten habe. Allerdings sei es sinnvoll, erneut einen Diskussionsprozess in Gang zu setzen. Die Kammer sei nötig, um eine qualitativ hochwertige pflegerische Versorgung sicherzustellen, erklärten die Befürworter. Vor allem pflegebedürftige Menschen würden profitieren. Andere Sachverständige rieten von einer Pflegekammer ab. Sie befürchteten Bürokratie, lehnten die Zwangsmitgliedschaft ab oder argumentierten, für die Aufgaben einer Pflegekammer gebe es bereits bundes- oder landesgesetzliche Regelungen.

Wohnsitzauflage für Flüchtlinge

26.10.16 – Der Integrationsausschuss hat das Vorhaben der Landesregierung ([Vorlagen 16/4239](#), [16/4319](#) und [16/4344](#)) diskutiert, Geflüchtete an einen bestimmten Wohnort zu binden. Das Bundesintegrationsgesetz gibt den Ländern diese Möglichkeit. Dahinter steht die Absicht, Zugewanderte gleichmäßig zu verteilen, um Integration zu erleichtern. Die PIRATEN sahen in diesem Vorhaben eine „unfass-

bare Diskrepanz“ zu europäischem Recht. Die hohen Hürden, die der Europäische Gerichtshof für Wohnsitzauflagen definiert habe, seien nicht erfüllt, sagte [Simone Brand](#). „Es geht um bessere Integrationschancen“, hielt [Bernhard von Grünberg](#) (SPD) dagegen. Außerdem gelte die Auflage nur für drei Jahre und ermögliche Ausnahmen, wenn Geflüchtete Arbeitsstellen an anderen Orten fänden. [André Kuper](#) (CDU) bewertete die angedachte Variante als moderat und sprach von einer „Wohnsitzauflage light“. Flüchtlinge hätten ein Recht auf Integrationsangebote, argumentierte [Jutta Velte](#) (GRÜNE). Diese Angebote müssten aber vor Ort zu leisten sein, was bei überbeanspruchten Kommunen schwierig werde. Integrationsminister [Rainer Schmelzer](#) (SPD) erklärte, bereits auf Bundesebene sei die Vereinbarkeit von Wohnsitzauflagen mit EU-Recht geprüft und bejaht worden.

„Reichsbürger“

27.10.2016 – Der Innenausschuss hat sich mit der sogenannten Reichsbürgerbewegung befasst. Hintergrund: Bei einem Polizeieinsatz in Bayern hatte ein „Reichsbürger“ einen Polizisten getötet und weitere verletzt. Nach Angaben des Verfassungsschutzes werden der Bewegung in Nordrhein-Westfalen etwa 200 bis 300 Personen zugerechnet. Es handle sich um „Verschwörungstheoretiker, Rechts-extremisten, Holocaust-Leugner und Querulanten“, sagte Innenminister [Ralf Jäger](#) (SPD). „Reichsbürger“ stritten die Existenz der Bundesrepublik Deutschland ab. Jäger sprach von „erklärten Staatsfeinden“. Die Sicherheitsbehörden hätten sie bereits seit mehreren Jahren im Blick. [Verena Schäffer](#) (GRÜNE) sprach im Ausschuss Fälle aus NRW an, bei denen Polizisten als „Reichsbürger“ aktiv gewesen sein sollen. In beiden Fällen seien Disziplinarverfahren eingeleitet worden mit dem Ziel, die beiden Beamten aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen, berichtete die Landesregierung. [Hans-Willi Körfges](#) (SPD) nannte „Reichsbürger“ im öffentlichen Dienst „unerträglich“. Sie

könnten keinen Staat repräsentieren, den sie nicht akzeptierten. Ob es Erkenntnisse gebe, dass „Reichsbürger“ auch in Kommunalparlamenten oder anderen Parlamenten sitzen, wollte [Werner Lohn](#) (CDU) wissen. Die Antwort der Landesregierung: Es gebe keine Erkenntnisse, aber auszuschließen sei das nicht. Die gesamte „Reichsbürger“-Bewegung sei rechts-extremistisch, meinte [Dr. Joachim Stamp](#) (FDP). [Frank Herrmann](#) (PIRATEN) wunderte sich, dass über die Aktivitäten der Gruppen bislang noch nichts im Verfassungsschutzbericht zu lesen gewesen sei.

Medikamentenversuche an Kindern

2.11.2016 – In den 1950er- und 1960er-Jahren sind Kindern in mehreren Einrichtungen in NRW Psychopharmaka und andere Medikamente gegeben worden: Das ist das Ergebnis einer Doktorarbeit. Die Abgeordneten des Gesundheitsausschusses zeigten sich entsetzt von den Fällen und diskutierten über die Aufklärung des Skandals und die Entschädigung der Opfer. Dabei blieben viele Fragen der Abgeordneten unbeantwortet: Wurden Medikamentenversuche angeordnet? Welche Medikamente wurden verabreicht? War es legal oder illegal? Wer wusste davon? Gesundheitsministerin [Barbara Steffens](#) (GRÜNE) sagte, man stehe ganz am Anfang der Aufklärung. Es werde schwierig werden, die Daten zusammenzutragen. Auch bei den von Bodelschwingschen Stiftungen Bethel gibt es Hinweise auf Medikamententests an Kindern. Prof. Dr. Günther Wienberg, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Stiftung, sagte im Ausschuss, die Hinweise würden sehr ernst genommen. Eine interne Experten-Kommission solle die Fälle aufarbeiten. Abgeordnete aller Fraktionen betonten, dass die Medikamentengabe in allen Einrichtungen gründlich aufgeklärt werden müsse. Dazu soll Ende November ein Runder Tisch im Gesundheitsministerium stattfinden. Bereits Anfang Dezember will der Gesundheitsausschuss erneut über das Thema sprechen.

Auf Hochglanz poliert

Landtagspräsidium informierte sich in Hagen und im Ennepe-Ruhr-Kreis

3. November 2016 – „Heute hat das Landtagspräsidium gleich mehrfach die Zukunft in unserer Region erlebt.“ Das sagte Olaf Schade, Landrat des Ennepe-Ruhr-Kreises, am Ende eines abwechslungsreichen Programms. Gemeinsam mit Hagens Oberbürgermeister Erik O. Schulz hatte er das Präsidium des Landtags mit Landtagspräsidentin Carina Gödecke und den Vizepräsidenten Oliver Keymis und Dr. Gerhard Papke einen Tag lang durch Hagen und den Kreis begleitet.



Mathias Witt (vorn) stellte den Gästen sein Unternehmen vor. (v.l.) Landtagsdirektorin Dorothee Zwiffelhoffer, Vizepräsident Dr. Gerhard Papke, Landtagspräsidentin Carina Gödecke, Landrat Olaf Schade, Oberbürgermeister Erik O. Schulz und Vizepräsident Oliver Keymis. Fotos: Schälte



Gespräch bei der Stadt Hagen



Besuch des Märkischen Museums in Witten

Die Informationsreise führte die Gäste aus dem nordrhein-westfälischen Landesparlament ins Hagener Rathaus, zur FernUniversität Hagen, ins Märkische Museum Witten und zur Firma Witt, einem Familienbetrieb, der Aluminiumteile u. a. für die großen Namen der Automobilindustrie schleift und auf Hochglanz poliert.

Die Termine nutzte das Landtagspräsidium, um sich im Austausch mit Entscheidungsträgerinnen und -trägern vor Ort über aktuelle Themen, Entwicklungen und auch politische Herausforderungen zu informieren. Im Hagener Rathaus ging es dabei insbesondere um Infrastrukturprojekte in der Stadt, um die Entwicklung von Gewerbeflächen und die Kommunalpolitik im Zeichen weiterhin angespannter Haushaltsslage.

Einen Eindruck von der Zukunft der universitären Lehre und Forschung „4.0“ erhielten die Gäste aus Düsseldorf bei ihrem Besuch in der FernUniversität Hagen, der bundesweit einzigen Hochschule ihrer Art und der zugleich größten deutschen Hochschule mit insgesamt rund 77.000 Studierenden. Rektorin Prof. Dr. Ada Pellert erläuterte dem Präsidium die Vorzüge eines Fernstudiums, das insbesondere von Berufstätigen oder Personengruppen in Anspruch

genommen werde, die aus unterschiedlichsten Gründen kein Präsenzstudium realisieren könnten. Statt in Hörsälen lernen die Studierenden an der FernUniversität u. a. am heimischen PC, während die Dozentinnen und Dozenten ihre Vorlesungen und sogar Prüfungen zum Beispiel in einem Studio abhalten, aufzeichnen und weltweit übertragen können. Im Zeitalter der Digitalisierung bietet das Fernstudium aus Hagen viele spannende und innovative Ansätze für ein lebenslanges und individualisiertes Lernen, waren sich die Hochschulleitung und das Landtagspräsidium einig.

Familienunternehmen

Dass Hagen und der Ennepe-Ruhr-Kreis wirtschaftlich betrachtet mit zahlreichen Weltmarktführern und „Hidden Champions“ aufwarten können, zeigte der anschließende Besuch beim Familienunternehmen Witt in Sprockhövel. Die Firma wurde 1960 ursprünglich in Wuppertal gegründet und ist nun bald an vier Standorten im Ennepe-Ruhr-Kreis vertreten. Inhaber Mathias Witt, der den Betrieb von seinem Vater übernommen hat und derzeit für mehr als 230 Mitarbeiterinnen und Mitar-

beiter verantwortlich ist, führte die Landtagspräsidentin und die Vizepräsidenten durch die Produktionshallen, in denen mittlerweile mit modernster Robotertechnik Aluminiumteile bearbeitet werden.

Auch der abschließende Besuch des Landtagspräsidiums im Märkischen Museum Witten machte deutlich, dass sich die Region traut, neue Wege zu gehen. Das historische Museumsgebäude wurde in den vergangenen zwei Jahren durch einen hochmodernen Bücherei-Anbau erweitert – nicht ohne Widerstand und Kritik aus der Bevölkerung. Inzwischen jedoch, so erfuhr das Landtagspräsidium bei seinem Rundgang durch das Haus, werde das neue Nutzungskonzept als kombinierter Lern-, Kultur- und Begegnungsort sehr gut angenommen.

Im Märkischen Museum fand dann auch der abschließende Empfang des Präsidiums für Gäste aus Politik und Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur statt. Und die Eingeladenen, darunter Wittens Bürgermeisterin Sonja Leidemann, versäumten es nicht, an den Besuch aus Düsseldorf auch eine herzliche Bitte heranzutragen – die Bewerbung für die Regionale, ein Strukturförderprogramm des Landes NRW, zu unterstützen.

Sebastian Wuwer

Demokratie: „Eine Haltung,

Die Aufgaben der Landeszentrale für politische Bildung NRW

Die Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen bietet Medien, Veranstaltungen und Informationen zu Demokratie, Geschichte und politischer Kultur an. Sie ist die älteste Einrichtung dieser Art in Deutschland.

Die Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen ist eine überparteiliche Bildungseinrichtung. Sie hat die Aufgabe, demokratisches Bewusstsein und politische Partizipation in NRW zu fördern.

Sie wurde am 2. Oktober 1946 als „Staatsbürgerliche Bildungsstelle“ vom ersten Ministerpräsidenten des Landes NRW, Rudolf Amelunxen, gegründet und erhielt 1967 ihren heutigen Namen. Sie gehört seit 2010 zum Geschäftsbereich des Ministeriums für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen. NRW war das erste Bundesland mit einer Landeseinrichtung für politische Bildung.

Ihren 70. Geburtstag feierte die Einrichtung am 24. Oktober 2016 mit einer Festveranstaltung im Landtag. Abgeordnete des Landtags, Mitglieder des Landtagspräsidiums und der Landesregierung, Autorinnen und Autoren, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler kamen zum Fest und diskutierten über aktuelle Herausforderungen der politischen Bildung. Landtagspräsidentin Carina Gödecke gratulierte der Landeszentrale zum Geburtstag: „Politische Bildung ist unerlässlicher Bestandteil einer lebendigen Demokratie. Die Landeszentrale für politische Bildung leistet hier seit 70 Jahren einen vorbildlichen Beitrag. Dafür danke ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Na-

men des gesamten Landtags und wünsche zum Jubiläum alles Gute.“

„Demokratie leben“

Unter dem Leitmotiv „Demokratie leben“ soll die Landeszentrale für politische Bildung die demokratische Kultur in Nordrhein-Westfalen fördern. Mit Publikationen, Veranstaltungen, Online-Angeboten und der Förderung von Bildungsträgern soll sie Interesse an politischen Prozessen wecken, Teilhabe ermöglichen und das politische und bürgerschaftliche Engagement stärken.

Die Landeszentrale verfügt über ein großes Angebot an Publikationen und Medien, von Spielen über Unterrichtsmaterial bis hin zu wissenschaftlichen Werken.

Auch im Internet ist die Landeszentrale aktiv. Neben der Internetseite www.politische-bildung.nrw.de betreibt sie Profile in sozialen Medien. In ihrem Youtube-Kanal gibt es ein breites Spektrum von Videos.

In regelmäßigen Veranstaltungen geht es vor Ort um die vielen Themen der Landeszentrale für politische Bildung: Projekte in Schulen gegen Antisemitismus, Planspiele zu Eurothemen oder Lesungen für Kinder zur Geschichte von Nordrhein-Westfalen.

Einen Bericht zur Festveranstaltung im Landtag finden Sie unter www.landtag.nrw.de.

Seit 70 Jahren fördert die Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen das demokratische Bewusstsein und die politische Teilhabe. Sie ist damit so alt wie das Land und der Landtag NRW. Anlässlich des runden Geburtstags sprach Landtag Intern mit der Leiterin Maria Springenberg-Eich.

Frau Springenberg-Eich, das Motto der Landeszentrale für politische Bildung ist „Demokratie leben“. Wie lebt man Demokratie?

Demokratie ist eine Haltung, die im Alltag beginnt. Wir alle können Demokratie täglich leben. Anlässlich des NRW-Tages haben wir Menschen im Landtag gefragt, was „Demokratie leben“ für sie bedeutet. Für die meisten Menschen ist demnach ein respektvolles Handeln wichtig. Aber auch die „Freiheit zu leben“ und die Fähigkeit, „Konflikte friedlich zu lösen“ spielten für die Befragten eine wichtige Rolle. Wir dürfen nicht vergessen, dass Demokratie ein dynamischer Prozess ist. Auch wenn das Feld abgesteckt ist, werden einzelne Aspekte in unserer Staatsform regelmäßig neu vermessen. Hier kann sich jede und jeder beteiligen. Carolin Emcke hat in ihrer Rede bei der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels erst kürzlich gesagt: „Demokratische Geschichte wird von allen gemacht.“ Genauso ist es. Jeder und jede Einzelne ist Teil unserer Demokratie.

Neue Angebote im Internet

Es gibt die Landeszentrale für politische Bildung in NRW jetzt seit 70 Jahren. Wie hat sich die politische Bildung verändert?

Politische Bildung muss immer auf der Höhe der Zeit sein. Wenn man unsere Arbeit heute mit der aus der Gründungszeit vergleicht, sieht man natürlich große Unterschiede. 1946 haben wir zunächst nur mit Publikationen über unsere Arbeit informiert. Später gehörten – parallel zur inhaltlichen Ausdifferenzierung unserer Arbeit – auch Tagungen, Fortbildungen, Filme, Dia-Reihen oder Tonträger zu unserem Angebot. Heute nutzen wir einen eigenen Youtube-Kanal mit über 330 Web-Videos und sind in den sozialen Netzwerken aktiv. Daneben bieten wir Beratungsstrukturen im Bereich Rechtsextremismus und Rassismus an und organisieren Veranstaltungen, die vom Demokratie-Training über Europa-Seminare bis hin zur Prävention im Bereich des gewaltbereiten Salafismus gehen.

Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, Landtagspräsidentin Carina Gödecke, Familienministerin Christina Kampmann und Maria Springenberg-Eich (v. l.) bei der Festveranstaltung zum 70-jährigen Bestehen der Landeszentrale für politische Bildung im Landtag. Foto: Schälte

die im Alltag beginnt“

Was sind die Herausforderungen der Landeszentrale für die kommenden Jahre?

Tiefgreifende gesellschaftliche Umbrüche stellen vermeintliche Selbstverständlichkeiten und Selbstgewissheiten der Demokratie infrage und erhöhen damit den Bedarf an Orientierung und Vergewisserung des demokratischen Standorts. Rechtspopulisten und Extremisten machen Stimmung gegen Geflüchtete und Minderheiten. Das sehen wir nicht nur in Nordrhein-Westfalen. Wir erleben in vielen Fällen eine Abkehr von einem respektvollen und friedlichen politischen Diskurs. Wir erleben eine feindselige Rhetorik, die längst nicht mehr nur in den sozialen Netzwerken zu finden ist. Das senkt meines Erachtens auch die Hemmschwelle für Gewalttaten. Gerade vor diesem Hintergrund muss die politische Bildung noch stärker für eine demokratische Kultur eintreten. Wir wollen mit unserer Arbeit die Fundamente der Demokratie festigen, die Zivilgesellschaft stärken und die Bürgerinnen und Bürger zu reflektiertem demokratisch-politischem Handeln befähigen.

Es scheint, als würde die politische Auseinandersetzung härter. Politikerinnen und Politiker werden oft im Internet beschimpft. Hat sich die gesellschaftliche Wahrnehmung von Politik verändert?

Die Auseinandersetzung mit Politik ist heute viel direkter und mitunter auch aggressiver. Es werden nicht nur Politikerinnen und Politiker beschimpft, sondern auch diejenigen, die einfach nur anderer Meinung sind. Vor allem in den sozialen Netzwerken beobachten wir einen rauerer und respektlosen Umgang mit Andersdenkenden. Das hat vielleicht auch damit zu tun, dass die sozialen Netzwerke als Echokammern der eigenen Wahrnehmung funktionieren, in denen man Zustimmung und Verstärkung von Gleichgesinnten erhält. Der Vorwurf der Lügenpresse, der von den Rechtspopulisten immer wieder erhoben wird, sorgt bei einigen Menschen dafür, dass sie die Rolle bislang anerkannter Leitmedien nicht mehr akzeptieren. Dies hat natürlich unmittelbare Auswirkungen auf die Wahrnehmung von Politik, die zunehmend Gegenstand populistischer Polemik in virtuellen Filterblasen wird.

Sind die sozialen Medien ein Fluch oder Segen für die Demokratie?

Beides. Ein Fluch, weil sie durch die Phänomene Hatespeech und Echokammern den offenen und fairen politischen Diskurs gefährden. Ein



Maria Springenberg-Eich, Leiterin der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen

Foto: Landeszentrale für politische Bildung NRW

Segen, weil es noch nie so leicht war, an politischen Prozessen zu partizipieren, sich einzubringen, mit zu diskutieren – auch mit Politikerinnen und Politikern.

Erfolgsgeschichte Wahl-O-Mat

Viele kennen die Landeszentrale durch ihre Publikationsreihe. Wie verändert sich die Mediennutzung und wie reagieren Sie darauf?

Die Bürgerinnen und Bürger nutzen das Publikationsangebot weiterhin in starkem Maße. Die Bücher sind nach wie vor eine Qualitätsmarke der Landeszentrale, aber unser Angebot hat sich im Vergleich zu früher deutlich diversifiziert. Wir bieten Hörbücher, Graphic Novels, Kinder- und Jugendbücher, aber auch E-Books zu den zentralen Themen der politischen Bildung an. Dadurch entstehen zusätzliche Anknüpfungspunkte zum Internet. Zudem werden durch crossmediale Angebote komplementäre Inhalte in analoger und digitaler Form präsentiert.

Die Landeszentrale bietet einen Wahl-O-Mat zur Landtagswahl an. Wie stark wird er genutzt und wie wichtig ist er für die politische Bildung und die Wahlentscheidung der Nutzerinnen und Nutzer?

Als eine der ersten Landeszentralen haben wir 2004 den Wahl-O-Mat angeboten und damit ein etabliertes Format geschaffen, das millionenfach bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag und zum Landtag von Nordrhein-Westfalen genutzt wird. Die Nutzerzahlen sind im Lauf der Jahre kontinuierlich gestiegen und lagen bei der letzten Landtagswahl bei über eine Million Nutzern. Dieser Erfolg freut uns sehr. Für die politische Bildung ist der Wahl-O-Mat auch deswegen von Bedeutung, weil dieses Tool die Menschen an das Thema Wahlen heranzuführt. Die Wahlentscheidungen beeinflusst er wohl eher zu einem geringen Grad, weil etwa 90 Prozent der Nutzerinnen und Nutzer sich durch ihre ausgewählten Präferenzen hinsichtlich der Parteien bestätigt sehen.

Das Interview führte Dr. Stephan Malessa

AUS DEN FRAKTIONEN

Wissenschaftspolitisches Gesamtkonzept schafft gutes Stück Zukunft für NRW

Die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen blicken in eine gute Zukunft mit einer sehr hohen Planungssicherheit. Das ist in einem Satz zusammengefasst die Bilanz der Wissenschafts- und Forschungspolitik der Regierungsfractionen und des von Svenja Schulze (SPD) geführten Ministeriums. Dahinter steht eine strategische Konzeption, die erfolgreich umgesetzt wurde. Dass dieser Weg gemeinsam mit den Universitäten und Fachhochschulen beschritten werden konnte, begrüßen wir sehr. Denn in NRW, das gleichzeitig mit 70 Hochschulen und inzwischen knapp 60 außeruniversitären Forschungsinstituten der dichteste Hochschulraum Europas ist, ist dies keine leichte Aufgabe.



Dietmar Bell (SPD)

Doch es ist uns gelungen, weil Bildung und Fortschritt oberste Priorität in unserer Politik haben. Aufbauend auf dem Hochschulzukunftsgesetz (HZG) von 2014 und dem seit 2010 um rund 45 Prozent gestiegenen Wissenschaftsetat haben wir einen erfolgreichen Dreiklang verankert. Dieser besteht aus einem zukunftsweisenden Landeshochschulentwicklungsplan (LHEP), der auf Beschluss des Landtags durch die Landesregierung erfolgreich mit der „Hochschulvereinbarung NRW 2021“ verknüpft wurde. Als drittes Element wurde zuvor der Rahmenkodex für gute Beschäftigungsbedingungen aus dem HZG zwischen Land, Hochschulen und ArbeitnehmervertreterInnen als Vertrag „Gute Beschäf-

tigungsbedingungen für das Hochschulpersonal“ erfolgreich verhandelt. Herausragend ist dabei die neue Hochschulvereinbarung, weil sie die Planungssicherheit für die Hochschulen noch einmal erhöht. Dies gelingt durch die Verstetigung von 340 Mio. Euro, die in die Hochschulhaushalte verlagert werden, und die Übernahme von Tarif- und Mietsteigerungen durch das Land. Im Gegenzug haben die Hochschulen zugesagt, den LHEP und die im Vertrag für gute Beschäftigungsbedingungen zugesagte Schaffung von Dauerstellen umzusetzen. Das alles sorgt dafür, dass die Hochschulen sehr sicher und zukunftsfähig aufgestellt sind.

Die CDU-Landtagsfraktion hat am 28.10.2016 ihr Konzept zu aktuellen Fragen der Schulpolitik vorgestellt. In zahlreichen Gesprächen mit Verbänden, Schulleitern, Lehrern, Eltern und Schülern wurde deutlich, dass sich alle Beteiligten in zwei Punkten einig sind: Wir brauchen endlich Ruhe an den Schulen. Aber es muss sich auch schnell etwas ändern, damit an den Gymnasien wieder besser unterrichtet werden kann.

CDU ermöglicht ein echtes G9

Das Konzept der CDU gibt darauf eine Antwort: „Wir wollen eine nachhaltige Lösung der Strukturfrage und damit Klarheit und Ruhe für die Schulen. Deshalb ermöglichen wir Eltern und Schülern ein echtes G9, ohne funktionierende G8-Schulen aufzugeben“, erklärte der CDU-Fraktionsvorsitzende Armin Laschet.

Die Schulgemeinden, bei denen das G8-Modell erfolgreich ist und die Beteiligten keine Ver-

änderungen wünschen, sollen an ihrem Modell festhalten können. Keine Schule mit G8-Modell wird zu einem Wechsel zu G9 gezwungen. Die Schulgemeinden aber, die wissen, dass das Abitur nach 13 Jahren für sie der bessere Weg ist, sollen diese Möglichkeit auch erhalten, ein echtes G9 einzuführen. G8 und G9 werden gleichberechtigt im Schulgesetz verankert. Doppelstrukturen an ein- und derselben Schule wird es nicht geben, die wenigen bestehenden Modellschulen ausgenommen. „Unser echtes G9 wird sich nicht am G8-Bildungsgang orientieren. Wir wollen die Verdichtung des Unterrichtsstoffes in der Mittelstufe auflösen, die Jahreswochenstundenzahl auf 180 reduzieren, die zweite Fremdsprache in der 7. Klasse beginnen und einen Abschluss nach der 10. Klasse ermöglichen“, so Petra Vogt, die schulpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion.



CDU-Fraktionsvorsitzender Armin Laschet und die schulpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Petra Vogt, in der Landespressekonferenz.



Dem Artensterben entgegenwirken: Neues Naturschutzgesetz für NRW



45 Prozent der Tier- und Pflanzenarten in NRW sind gefährdet oder bereits ausgestorben. Zudem meldet der EU-Umweltbericht, dass jede dritte Vogelart auf der Warnliste steht. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, haben wir ein neues Naturschutzgesetz vorgelegt, das im

November vom Landtag verabschiedet wurde. Besonders deutlich zeigt sich der Artenverlust bei den Streuobstwiesen, die für viele Tiere wie Steinkauz und Wildbienen einzigartige Lebensräume darstellen. Leider mussten in der Vergangenheit immer mehr Streuobstwiesen der landwirtschaftlichen Nutzung weichen. Mit dem Landesnaturschutzgesetz haben wir diese Wiesen nun unter Schutz gestellt. Zudem werden derzeit etwa 93 Prozent des Grünlandes in NRW intensiv – und damit artenarm – bewirtschaftet. Grünland sind in erster Linie Flächen, auf denen Kühe grasen. Mit dem neuen Gesetz soll ein weiterer Verlust dieses wichtigen Lebensraums verhindert werden. Auch in Zukunft werden diese Flächen landwirtschaftlich nutzbar sein, allerdings sol-

len sie nicht mehr in Ackerland umgewandelt werden können.

In intensiven Gesprächen, etwa mit Vertreter*innen des Naturschutzes, des Reitsports, der Jagd und der Landwirtschaft, haben wir viele Details erörtert und sind auf Vorschläge und Kritik eingegangen. Das Gesetz bringt den Naturschutz in NRW nach vorne. Gleichzeitig nimmt es aber Rücksicht auf diejenigen, die die Natur nutzen und davon leben.

Hier findet sich unsere Broschüre zum Thema Naturschutz: <http://gruene.fr/qu>.



FDP-Fraktion: Digitale Zukunft gestalten

NRW steckt voll guter Ideen, engagierter Gründer und innovativer Startups. Doch bei Gründungsquote, Finanzierungschancen für Unternehmen und Rahmenbedingungen für Bildung, Forschung und Digitalisierung liegt das Land bestenfalls im Mittelfeld. Die FDP-Fraktion hat bei einem Zukunftskongress mit renommierten Experten, erfolgreichen Startups und 250 Gästen diskutiert, was nötig ist, um digitalen Wandel erfolgreich zu gestalten.

„Ich habe keine Angst vor der Digitalisierung, sondern dass sie woanders stattfindet und nicht hier“, eröffnete FDP-Fraktionschef Christian Lindner den Abend und appellierte, die großen Chancen der Digitalisierung zu ergreifen. „Die wichtigste Reform, die wir brauchen, ist eine Mentalitätsreform. Wir müssen uns wieder etwas zutrauen und Chancen be-

tonen.“ Lindner benannte vier Punkte als Voraussetzung für eine erfolgreiche Gestaltung des digitalen Wandels: mehr Freiheit für die Hochschulen, bessere Rahmenbedingungen für Investitionen privaten Kapitals in Startups, der Ausbau der Infrastruktur und der Abbau von Bürokratie.

Professor Frank Fitzek von der TU Dresden ließ die Besucher an seinem Blick in die Zukunft der vernetzten Welt mit selbstfahrenden Autos und neuen Arbeitswelten teilhaben. Grundvoraussetzung dafür: beste Bildung. Dem pflichtete Andreas Pinkwart, Rektor der HHL Leipzig Graduate School of Management, bei. Veränderungen der Digitalisierung müssen als Chance und Herausforderung begriffen werden und Pioniere besser gefördert werden.



Verfassungskolloquium im Landtag NRW: Mut zur Veränderung fehlt

Im Rahmen des Projekts Verfassungspiraten der Piratenfraktion NRW fanden im Landtag zwei Verfassungskolloquien statt. Unter der Leitung von Prof. Dr. Silke Laskowski (Universität Kassel), Prof. Dr. Wolfram Cremer (Universität Bochum) und Prof. Dr. Andreas Fisahn (Universität Bielefeld) kamen Ende September junge Akademiker von drei Rechtsfakultäten zu einem Diskurs aktueller Verfassungsthemen zusammen. Im Oktober waren Mitarbeiter des Instituts für Demokratie- und Partizipationsforschung der Bergischen Universität Wuppertal unter Leitung von Prof. Dr. Hans J. Lietzmann zu Gast.

Die Piratenfraktion NRW führt damit die Diskussion zur Verfassungsänderung in NRW mit Vertretern rechts- und sozialwissenschaftlicher Fakultäten weiter. Ein Ergebnis: Die gesellschaftliche und wissenschaftliche Diskussion



Mitarbeiter des Instituts für Demokratie- und Partizipationsforschung (IDPF) – Forschungsstelle Bürgerbeteiligung der Bergischen Universität Wuppertal zusammen mit Torsten Sommer, Sprecher der Piratenfraktion NRW in der Verfassungskommission.

zur Verfassung ist deutlich weiter als der politische Wille, sinnvolle und notwendige Änderungen umzusetzen. Der Mut zur Veränderung fehlt noch.

Auch das zweite Verfassungskolloquium hat gezeigt, dass Gesellschaft und Lehre erheblich weiter sind als die Politik. Der Landtag muss die Verfassung der gesellschaftlichen Realität und den Wünschen der Menschen in NRW anpassen. Dazu gehören auch die Themen Wahlalter, Ausländerwahlrecht und mehr direkte Demokratie.

Die Impulse des wissenschaftlichen Diskurses bringen die Piraten auf die Bühne des Landtags. Im November-Plenum wird der Antrag auf ein aktives Wahlrecht ab 16 Jahren debattiert.



PIRATEN FRAKTION
IM LANDTAG NRW

Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksachennummer | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | nächster geplanter Beratungsschritt bzw. Beschluss

Gesetz zum Schutz der Natur in Nordrhein-Westfalen und zur Änderung anderer Vorschriften | [Drs. 16/11154](#) und [16/13323](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 9. November 2016 | angenommen

Gesetz zur Einführung einer dritten Stufe des Stärkungspaktes | [Drs. 16/12785](#) und [16/13324](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 9. November 2016 | angenommen

Zweites Gesetz zur Änderung des Beitreibungserleichterungsgesetzes/Kfz-Zulassung | [Drs. 16/12783](#) und [16/13325](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 9. November 2016 | angenommen

Erstes Gesetz zur Änderung des Alten- und Pflegegesetzes Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/12784](#) und [16/13326](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 9. November 2016 | angenommen

Neuntes Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Inneres und Kommunales | [Drs. 16/13260](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 9. November 2016 | Überweisung an den Ausschuss für Kommunalpolitik

Gesetz zur Einführung der Individualverfassungsbeschwerde zum Verfassungsgerichtshof Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/13113](#) | FDP | 1. Lesung am 10. November 2016 | Überweisung an den Hauptausschuss

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (Absenkung des Wahlalters) | [Drs. 16/13313](#) | SPD, GRÜNE und PIRATEN | 1. Lesung am 10. November 2016 | Überweisung an den Hauptausschuss

Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes, des Verfassungsgerichtshofgesetzes und weiterer Gesetze | [Drs. 16/13312](#) | SPD und GRÜNE | 1. Lesung am 10. November 2016 | Überweisung an den Hauptausschuss

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (Kommunales Wahlrecht für Nicht-EU AusländerInnen) | [Drs. 16/13314](#) | SPD, GRÜNE und PIRATEN | 1. Lesung am 10. November 2016 | Überweisung an den Hauptausschuss

Viertes Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung – Umsetzung der grundgesetzlichen Schuldenregel in das nordrhein-westfälische Landesrecht | [Drs. 16/13315](#) | SPD und GRÜNE | 1. Lesung am 10. November 2016 | Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss

Gesetz zur Stärkung der Partizipation auf Kommunalenebene | [Drs.16/5474](#) und [16/13332](#) | PIRATEN | 2. Lesung am 10. November 2016 | abgelehnt

Zehntes Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes | [Drs. 16/13261](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 10. November 2016 | Überweisung an den Innenausschuss

Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung | [Drs. 16/12363](#) und [16/13334](#) | SPD und GRÜNE | 2. Lesung am 10. November 2016 | angenommen

Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Förderung und Nutzung von Wohnraum für das Land Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/12782](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 10. November 2016 | angenommen

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Förderung des Mittelstandes in Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/12944](#) | Landesregierung | Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Justizgesetzes Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/12986](#) | Landesregierung | Rechtsausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Vergabe von Subventionen nach Landesrecht | [Drs. 16/12987](#) | Landesregierung | Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Industrie- und Handelskammern im Land Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/13035](#) | Landesregierung | Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk | in Beratung

Gesetz zur Bewertung, Darstellung und Schaffung von Transparenz von Ergebnissen amtlicher Kontrollen in der Lebensmittelüberwachung | [Drs. 16/12857](#) | Landesregierung | Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz | in Beratung

Haushaltsgesetz 2017 | [Drs. 16/12500](#) und [16/12501](#) | Landesregierung | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Gemeindefinanzierungsgesetz 2017 | [Drs. 16/12502](#) | Landesregierung | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Achtes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/12435](#) | Landesregierung | Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr | in Beratung

Drittes Gesetz zur Änderung des Ordnungsbehördengesetzes | [Drs. 16/12781](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz über die Sicherung von Tariftreue und Sozialstandards sowie fairen Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Tariftreue- und Vergabegesetz NRW) | [Drs. 16/12265](#) | Landesregierung | Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk | in Beratung

Gesetz zur Neuregelung des Gleichstellungsrechts | [Drs. 16/12366](#) | Landesregierung | Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation | in Beratung

Viertes Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen | [Drs. 16/12361](#) | SPD und GRÜNE | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Stärkung des Kreistags | [Drs. 16/12362](#) | SPD und GRÜNE | Ausschuss für Kommunalpolitik | in Beratung

Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten | [Drs. 16/12068](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbauordnung) | [Drs. 16/12119](#) | Landesregierung | Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr | in Beratung

Gesetz über das nichtgewerbliche Halten gefährlicher Tiere wildlebender Arten in NRW | [Drs.16/3948](#) | PIRATEN | Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz | in Beratung

Gesetz zur Einführung wiederkehrender Straßenausbaubeiträge | [Drs.16/2124](#) | CDU | Ausschuss für Kommunalpolitik | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Verfassung | [Drs.16/119](#) | PIRATEN | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zum Erlass eines Landesbibliotheksgesetzes und zur Änderung weiterer Rechtsvorschriften | [Drs. 16/11436](#) | CDU | Ausschuss für Kultur und Medien | in Beratung

Porträt: Serdar Yüksel (SPD)



Mit der Wahl in den nordrhein-westfälischen Landtag ging für Serdar Yüksel, SPD-Abgeordneter aus Wattenscheid, ein Traum aus der Kindheit in Erfüllung. Schon als kleiner Junge war der heute 43-Jährige politisch interessiert. Sein Vater, 1964 aus der Türkei eingewandert, Arbeiter bei Krupp und in der IG Metall organisiert, las seinen Kindern jeden Tag Artikel aus einer deutschen und einer türkischen Zeitung vor und als Serdar zum 13. Geburtstag eine Schreibmaschine geschenkt bekam, schrieb er einen zweiseitigen Bewerbungsbrief an das Bonner Erich-Ollenhauer-Haus, die damalige SPD-Zentrale. Er wollte Mitglied bei den Sozialdemokraten werden und hatte gedacht, erinnert er sich heute lächelnd, dass man sich dafür bewerben müsse wie für einen Job oder einen Ausbildungsplatz.

Drei Jahre später hatte Yüksel das notwendige Alter erreicht und wurde sofort in dem Ortsverein aktiv, in dem er noch heute Mitglied ist. 2001 wurde er in den Vorstand der SPD Bochum gewählt und als die bisherige Abgeordnete Birgit Fischer 2010 nicht mehr zur Wahl antrat, bewarb sich Yüksel um die Kandidatur im Wahlkreis und setzte sich gegen zwei Konkurrenten klar durch.

Beruflich war er damals als Krankenpfleger auf einer Intensivstation tätig, zusätzlich studierte er berufsbegleitend Gesundheitswissenschaften, ein recht neuer Zweig, in dem es um Fragen geht wie Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz oder individuelle Vorsorge.

Einerseits ist Yüksel ein Beispiel für die gelungene Integration eines jungen Mannes aus einer Zuwandererfamilie. Andererseits hat er schon früh am eigenen Leib erfahren, wie viel offener und versteckter Diskriminierung Menschen mit türkischen Wurzeln in Deutschland ausgesetzt sind. Nach der vierjährigen Grundschulzeit sagte seine Lehrerin, er habe zwar das Zeug, die Realschule oder das Gymnasium zu besuchen, aber seine Eltern gingen ja sicher

bald zurück in die Türkei und da reiche hier die Hauptschule. Noch heute kann es ihm passieren, dass er, wenn er zu einer offiziellen Veranstaltung geht, gefragt wird, wen er denn gefahren habe. Im Landtagswahlkampf hörte er durch Zufall, wie sich zwei ältere Damen unter seinem Plakat unterhielten und eine sagte: „Jetzt kandidieren hier schon die Türken.“ Er sprach die beiden an, stellte sich als Kandidat vor, erzählte ihnen, was er im Landtag mache, und hörte beim Weitergehen, wie die Frau zu ihrer Freundin sagte: „Och, der ist ja ganz nett. Ich glaub' den wähl' ich.“ Und erst kürzlich machte der Abgeordnete Schlagzeilen im Ruhrgebiet, als er zusammen mit einem Zeitungsreporter eine Diskothek in seiner Heimatstadt besuchen wollte und ihm der Zutritt verweigert wurde, weil er Türke sei.

Der Kampf gegen Diskriminierung und der Einsatz für ein normales, konfliktfreies Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft sind nicht die einzigen Themen in der politischen Arbeit Yüksels. Im Landtag gehört er dem Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales an, der sich, wie er sagt, mit den Grundbedürfnissen der Menschen beschäftigt: Jeder will einen sicheren Arbeitsplatz, optimalen Gesundheitsschutz und eine solide Absicherung im Alter. Außerdem kümmert er sich im Petitionsausschuss um Sorgen und Probleme der Bürger, die sich hilfesuchend an den Landtag wenden.

Flüchtlingsdorf gegründet

Ganz besonders am Herzen liegt dem Abgeordneten das von ihm gegründete Flüchtlingsdorf NRW im Nordirak. In der Nähe von Dohuk finden Flüchtlinge Unterkunft in Containern, die in der Region hergestellt werden. Yüksel und seine Helfer organisieren Schulunterricht und sorgen für eine handwerkliche Ausbildung der Jugendlichen. In Deutschland wirbt er für das humanitäre Projekt und versucht, Spender zu gewinnen. Auf Urlaubsreisen hat er verzichtet, stattdessen fliegt er, wenn er ein paar freie Tage hat, in den Nordirak und kümmert sich vor Ort um sein Flüchtlingsdorf.

Viel Zeit für Hobbys lässt ihm sein politisches und humanitäres Engagement nicht und wenn er sich tagsüber durch Stapel von Akten und Vorlagen gekämpft hat, steht ihm abends nur selten der Sinn danach, noch ein Buch zu lesen. Nur für Fußball, seine zweite Leidenschaft, findet er noch Zeit. Dabei schlägt das Herz des mitten im Ruhrgebiet lebenden Yüksel nicht für einen der großen Vereine aus Dortmund, Gelsenkirchen oder Bochum, er ist Fan der SG Wattenscheid 09, deren beste Zeiten lange vorbei sind und die heute in der Regionalliga West spielt.

Peter Jansen

20 Jahre Landesintegrationsrat

Mit einer Festveranstaltung im nordrhein-westfälischen Landtag ist am 8. November 2016 der 20. Geburtstag des Landesintegrationsrats NRW gefeiert worden. Das demokratisch legitimierte Vertretungsorgan der Integrationsräte an Rhein und Ruhr war im Oktober 1996 in Oberhausen gegründet worden. Vorausgegangen war die landesweit einheitliche Wahl der Integrationsräte, die damals noch Ausländerbeiräte hießen.

Zur Festveranstaltung waren auf Einladung von Landtag und Landesintegrationsrat NRW mehr als 300 Gäste in den Plenarsaal gekommen. Landtagspräsidentin Carina Gödecke gratulierte dem Landesintegrationsrat, seinem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Sie sagte: „Dass sich seit zwei Jahrzehnten der Landesintegrationsrat dafür einsetzt, dass zugewanderte Menschen einen Platz in der Mitte unserer Gesellschaft erhalten, dieses Engagement können wir gar nicht hoch genug bewerten.“

Der Vorsitzende des Landesintegrationsrates, Tayfun Keltek, nannte es eine Ehre, dass die Feierstunde im Landtag stattfindet. Der Landesintegrationsrat fühle sich geehrt und motiviert, seine Arbeit fortzusetzen.

Neben der Präsidentin und dem Vorsitzenden sprach auch der nordrhein-westfälische Minister für Arbeit, Integration und Soziales, Rainer Schmelzer. Die Festrede zum runden Geburtstag hielt der Intendant des Westdeutschen Rundfunks (WDR), Tom Buhrow. Anschließend fand ein Gespräch mit dem früheren NRW-Integrationsminister und heutigen CDU-Fraktionsvorsitzenden Armin Laschet und dem ehemaligen NRW-Sozialminister Franz Müntefering statt.

Interessenvertretung

Der Landesintegrationsrat NRW vertritt die Interessen der Migrantinnen und Migranten auf Landesebene und unterstützt die kommunalen Integrationsräte bei ihrer Arbeit. Im Februar 2012 wurde er mit der Verabschiedung des Teilhabe- und Integrationsgesetzes gesetzlich verankert. Als Landesverband wurde er damit institutionalisiert, seine Rechte wurden konkretisiert. So verpflichtet sich das Land, den Landesintegrationsrat bei der Erfüllung der Integrationsaufgaben anzuhören.

Bilder der Veranstaltung finden Sie im Internet unter www.landtag.nrw.de.

Mehr Informationen zum Landesintegrationsrat finden Sie unter: www.laga-nrw.de.

Kurz notiert

„Made in Germany“

Noch bis 23. November 2016 ist in der Wandelhalle des Landtags die Ausstellung „Made in Germany“ der Deutsch-Israelischen Wirtschaftsvereinigung zu sehen. Sie vollzieht den Stellenwert und die Akzeptanz deutscher Marken und Produkte in Israel seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges nach. Mit dem Ende des Krieges hatten deutsche Produkte zunächst einen schweren Stand in Israel. Zu schwer lag der Schatten der Shoah über dem Land. Erst Ende der 1950er-Jahre änderte sich dies. Die Ausstellung ist wochentäglich von 11 bis 17 Uhr zu sehen. Um vorherige Anmeldung wird gebeten unter Tel.: (0211) 884-2129 oder veranstaltungen@landtag.nrw.de.

„Gute Nachbarschaft“

Mit einer Feierstunde ist am 28. Oktober 2016 im Landtag an die Unterzeichnung des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrags vor 25 Jahren erinnert worden. Vizepräsident Eckhard Uhlenberg nannte den Vertrag in seiner Rede einen „Meilenstein in der Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen“. Die Ratifizierung des Vertrags sei und bleibe „ein wichtiger, unverzichtbarer Schritt hin zu einem Europa in Frieden und Freiheit“. Die Feierstunde stand unter dem Titel „25 Jahre gute Nachbarschaft“ und war eine gemeinsame Veranstaltung des Landtags NRW, des NRW-Europaministers, des Generalkonsulats der Republik Polen, des Polnischen Instituts Düsseldorf sowie der Parlamentariergruppe NRW-Polen des Landtags. Bilder der Veranstaltung finden Sie im Internet unter www.landtag.nrw.de.

Video zum Jubiläum

Die vergangenen Monate standen ganz im Zeichen des 70. Geburtstags von Land und Landtag Nordrhein-Westfalen: Das neueste Video auf der Internetseite des Landtags blickt zurück auf den Festakt im Plenarsaal, mit dem das Landesparlament am 5. Oktober 2016 seinen runden Geburtstag gefeiert hat. Zu sehen sind zudem Eindrücke von den „Tagen der offenen Tür“ Ende August. Sie fanden anlässlich des sogenannten NRW-Tags in Düsseldorf statt, mit denen 70 Jahre NRW gefeiert wurden. Der Landesgeburtstag war zuvor bereits mit einem offiziellen Festakt in der Tonhalle begangen worden. Ehrengast war Prinz William. Das Video finden Sie unter www.landtag.nrw.de.

Gestorben

26.10. Wolfgang Dietrich (CDU/64)
MdL 2000-2005



Zeitreise in der Villa Horion

In der Villa Horion in Düsseldorf unweit des Landtagsgebäudes ist Ende Oktober das „Haus der Parlamentsgeschichte“ eröffnet worden. Der Besucherdienst des Landesparlaments nimmt Gruppen von bis zu 15 Personen mit auf eine Zeitreise durch 70 Jahre Landtagsgeschichte von der ersten Sitzung am 2. Oktober 1946 bis in die Gegenwart. Besucherinnen und Besucher werden an die vier Orte zurückversetzt, an denen der Landtag getagt hat. Die Führungen sind kostenfrei, um vorherige Anmeldung wird gebeten. Mehr Informationen und einen ausführlichen Bericht zum „Haus der Parlamentsgeschichte“ finden Sie auf den Seiten 6 und 7 dieser Ausgabe. Foto: Schälte